

Die
"Weißeritz-Zeitung"
erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.—
Preis vierteljährlich 1 M.
25 Pf., zweimonatlich 84 Pf., einmonatlich 42
Pf., Einzelne Nummern 10 Pf. — Alle Postanstalten,
Postboten, sowie die Agenten nehmen Be-
stellungen an.

Weißeritz-Zeitung.

Anzeiger für Dippoldiswalde und Umgegend.

Amtsblatt für die Königliche Amtshauptmannschaft, das Königliche Amtsgericht und den Stadtrath zu Dippoldiswalde.

Berantwortlicher Redakteur: Paul Jehne in Dippoldiswalde.

Mit achtseitigem „Illustrirten Unterhaltungsblatt“.

Mit land- und hauswirtschaftlicher Monatsbeilage.

Nr. 133.

Donnerstag, den 16. November 1899.

65. Jahrgang.

Konkursverfahren.

Über das Vermögen des Sattlermeisters und Tapezierers Adolf Hermann Vogt in Schmiedeberg wird heute, am 13. November 1899, Vormittags 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Gemeindevorstand und Oberschreiber Thiele in Schmiedeberg wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 15. Dezember 1899 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlussfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falles über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

den 29. Dezember 1899, Vormittags 10 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsolven oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 5. Dezember 1899 Anzeige zu machen.

Königliches Amtsgericht zu Dippoldiswalde.

Bekannt gemacht durch den Gerichtsschreiber: Aktuar Schubert.

Zum Wiederzusammentritte des Reichstages.

Am Dienstag hat der deutsche Reichstag nach fast fünfmonatlicher Sommervertagung seine Verhandlungen wieder aufgenommen und hiermit seine am 4. Dezember 1898 eröffnete Session fortgesetzt. Die Vertagung war bekanntlich nothwendig geworden, weil bei einem förmlichen Sessionsschluss im Juni eine ganze Reihe mehr oder weniger wichtiger Vorlagen, die damals noch nicht zur Erledigung gelangt waren, sonst unten den Tisch hätten fallen müssen. Zu diesem noch aus der Sommersession restirenden gesetzgeberischen Berathungsmaterial gehören namentlich die sogenannten Postvorlagen, nämlich der Gesetzentwurf wegen Abänderung des Postgesetzes — Erhöhung des Höchstgewichts für einfache Briefe von 15 auf 20 Gramm, Aushebung der Privatposten u. s. w. — die Vorlage über die Fernsprech-Gebührenordnung und der Gesetzentwurf über die Telegraphenwege, ferner die Novellen zum Strafgesetzbuch, zur Straf- und Civilprozeßordnung und zur Gewerbeordnung, weiter die Vorlage über die Einführung der obligatorischen Schlachtvieh- und Fleischbeschau im gesamten Reiche, und der dem Parlamente noch kurz vor seinen Sommerferien zugegangene Gesetzentwurf über den Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses, die vielfamtrittene „Buchhausvorlage“. Alle diese Berathungsvorlagen sind, mit Ausnahme der letzteren Vorlage, in den Kommissionen gründlich durchgenommen worden, sodass man eigentlich meinen sollte, ihre weitere Verhandlung im Plenum des Reichstages könnte keine besonderen Schwierigkeiten mehr verursachen. Jedenfalls darf man wohl erwarten, dass es dem Reichstage gelingt, die betreffenden Gesetzentwürfe bis zum Beginne der parlamentarischen Weihnachtspause vollständig fertigzustellen, damit endlich mit diesem restirenden Arbeitsmaterial reiner Tisch gemacht wird. Unsicher ist nur noch das Schicksal der „Buchhausvorlage“, die in erster Beziehung ja gescheitert war; nach den Versicherungen der Berliner offiziösen Presse will die Regierung den genannten Gesetzentwurf trotz seiner ungünstigen parlamentarischen Aussichten nicht zurückziehen, sodass er nunmehr ohne vorherige Kommissionsberathung gleich zur zweiten Plenarsitzung gelangen wird. Zweifellos wird der Regierungsentwurf auch hierbei wiederum scheitern, trotzdem erscheint in dieser Frage eine schließliche Verständigung zwischen Regierung und Reichstag keineswegs ausgeschlossen, zumal in Hinblick auf den Umstand, dass das Centrum wie die Nationalliberalen besondere Gesetzentwürfe betreffs des Schutzes Arbeitswilliger vorbereiten.

Neben den erwähnten noch nicht erledigten Vorlagen harrt indessen des Reichstages in seiner Winter session auch eine Anzahl ganz neuer Berathungsvorlagen, durch welche dem am 14. November anhreibenden weiteren Abschnitte der laufenden Tagung des Reichstags im Grunde genommen der Charakter einer selbständigen Session aufgeprägt wird, zumal jetzt auch ein neuer Etat, der für 1900, erscheint. Die bei Weitem wichtigste Rolle unter diesem ferneren Arbeitsmaterial des Reichstages spielt die signalisierte Flottenvorlage, deren Grundzüge ja schon bekannt sind. Zunächst ist dieselbe allerdings noch nicht einmal dem Bundesrathe zugegangen, so dass sich der Zeitpunkt noch nicht bestimmt beurtheilen lässt, zu welchem der Entwurf des neuen Flottengesetzes im Reichstage zu erwarten sein würde. Das hindert indessen nicht, dass die Frage der weiteren Verstärkung der vaterländischen Seemacht schon jetzt bei uns den Brennpunkt der politischen Tagesdiskussion bildet und dass in ihrem Beziehen die Reichsboten zu ihrer gesetzgeberischen Tätigkeit zurückkehren. Pessimistische Gemüther sehen nun zwar bereits einen schweren politischen Konflikt im engen Zusammenhang mit der neu aufgetauchten Marineangelegenheit heranziehen, ob sich letztere jedoch wirklich zu einer ernsten Krise mit einer Reichstagsauflösung im Hintergrunde auswachsen wird, das bleibt denn doch noch recht abzuwarten; im Lande ist die Stimmung einer neuenlichen Vermehrung der Flotte, namentlich unter dem Eindruck des Erwerbes von Samoa, gerade nicht ungünstig, so dass jener der Reichstag bei seiner Stellungnahme zu der kommenden Marinevorlage schließlich doch wohl Rechnung tragen dürfte. Von sonstigen, völlig neuen Vorlagen, die dem Reichstage entweder bestimmt oder wenigstens wahrscheinlich zugedacht sind, wären zu verzeichnen die Entwürfe eines Elektrolytengesetzes, eines Reichseuzeugengesetzes, eines Gesetzes über das Urheberrecht an Werken der Literatur und Tonkunst, eines Postcheckgesetzes und eines Gesetzes betreffs der Entwertung und Verwertung der Invaliditätsversicherungsmarken, sowie Novellen zu den Münzgesetzen, zur Seemannsordnung, zu den Unfallversicherungsgesetzen, zur Gewerbeordnung (Fabrikbeschäftigung verheiratheter Frauen) und zum Weingesetz. Das ist wiederum ein reichlich bemessenes Arbeitsprogramm des Reichstages, wobei Initiativ-Anträge, Petitionen, Wahlprüfungen u. s. w. garnicht mitgereicht sind, und es lässt sich darum schon jetzt behaupten, dass die parlamentarischen Vertreter der Nation abermals bin in den Sommer hinein werden tagen müssen, soll dies Programm wenigstens in allen wesentlichen Punkten zur vollen Durchführung kommen. Diese Aussicht ist freilich nicht besonders er-

Konkursverfahren.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Oskar Louis Weitsner in Possendorf wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.

Dippoldiswalde, den 14. November 1899.

Königliches Amtsgericht.

Bekannt gemacht durch den Gerichtsschreiber:
Aktuar Schubert.

Bekanntmachung.

Nachdem der unterzeichnete Stadtrath beschlossen hat, dem hiesigen Raths- und Polizeidienner die Dienstbezeichnung

„Schuhmann“

und den städtischen Nachtwächtern die Dienstbezeichnung

„Nachtschuhmann“

beizulegen, so wird solches hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Dippoldiswalde, am 14. November 1899.

Der Stadtrath.

Boigt.

freilich, weder für den Reichstag selber, noch für das Land, so lange es jedoch die Regierung für angezeigt erachtet, das Parlament immer wieder mit allen möglichen Gesetzesvorlagen zu überschütten, so lange wird eben auch das Uebel der übermäßig ausgedehnten Reichstagsessions ertragen werden müssen.

Lokales und Sachisches.

Dippoldiswalde. Durch den Vorsitzenden des Gewerbevereins, Hrn. Stadtrath Heinrich, erfolgte am vergangenen Sonntag vor dem versammelten Prämiierungsausschuss der Bauhandwerker-Innung die Prämierung des Tischlergesellen P. G. Thümmel durch Überreichung eines Diploms.

— „Nothschrei aus dem Thale der Wilden Weißeritz“ bedeutet sich ein auch uns zugegangenes Flugblatt, das augenscheinlich bestimmt scheint, der gegenwärtig tagenden Ständetammer zugeendet zu werden. Es nimmt Bezug auf mehrere Zeitungsartikel, in der die wirklich bedrangten Verhältnisse des Wilden Weißeritzthales des Näreren besprochen sind, und schließt mit der Bitte: „Der Weisheit der hohen Staatsregierung möge es, wie auch den hohen Ständetammern vollständig überlassen sein, wie man der Nothlage der Industriellen des Wilden Weißeritzthales abzuhelfen gedenkt, jedenfalls aber geschieht dies am besten durch Bau einer normalspurbahn durch das gesamme Wilde Weißeritzthal, denn 1) wird dadurch das ganze Thal mit seinen aushaltenden und starken Wasserkräften aufgeschlossen und sämtlichen Etablissementsbesitzern geholfen; 2) wird dadurch die Dresden-Bodenbacher und Moldau-Freiburger Bahn bedeutet entlastet, da durch unsre Bahn der sämtliche Kohlenverkehr nach hies. Gegend und dem Blauenischen Grunde von Böhmen aus bewältigt würde; 3) die Umladungen von der Hauptbahn auf die Hainsberg-Lipsdorfer Sekundärbahn in Hainsberg würde nicht mehr die Hälfte als jetzt betragen; 4) würden noch durch Verbindung der Station Schmiedeberg durch das Pöbelthal bis Dorf Seyde mittels Sekundärbahn (ca. 8 km lang) sämtliche Wünsche nach Eisenbahnverbindung aus hiesiger Gegend verschwinden; 5) einer dankbaren Bevölkerung von gut monarchischer Gesinnung würden hierdurch schwere Sorgen um ihre Zukunft genommen.“

— Von den Erträgnissen der jetzt 200 000 Mark betragenden Mehnert-Stiftung sollen auch in diesem Jahre mittleren und kleinen Landwirthen, welche Mitglieder des landwirtschaftlichen Kreditvereins im Königreich Sachsen sind, Beihilfen zur Auseinandersetzung ihrer Söhne und Töchter in der Landwirtschaft gewährt werden. Die Gesuche sind bis spätestens den

